

Alarmismus ist angebracht. Zum Umfragehoch der Alternative für Deutschland aus feministischer Perspektive

SILKE SCHNEIDER

Mit der Alternative für Deutschland (AfD) hat sich in der Bundesrepublik Deutschland erstmals seit der Staatsgründung 1949 eine rechtsextreme Partei langfristig parlamentarisch etablieren können.¹ Im Bundestag seit 2017 und seit der letzten Wahl 2021 mit 10,3% und 83 Abgeordneten, ist die AfD mit Ausnahme des Landtags von Schleswig-Holstein mittlerweile in allen Landesparlamenten vertreten. Die Partei ist seit ihrer Gründung 2013 deutlich nach rechts gerückt, es gibt Verbindungen zur Neonazi- und Reichsbürger*innen-Szene, und regelmäßig treten einzelne Vertreter*innen der Partei mit rechtsextremen Äußerungen an die Öffentlichkeit. Zurzeit gilt die Partei bundesweit als rechtsextremer Verdachtsfall (Bundesamt für Verfassungsschutz 2022), in einzelnen Bundesländern wird sie von den zuständigen Verfassungsschutzbehörden als eindeutig rechtsextrem eingeordnet (Tagesschau 2023). Angesichts dieser Einschätzungen werden derzeit eine Prüfung der Verfassungsfeindlichkeit und ein möglicher Antrag auf Verbot der AfD nach Artikel 21 des Grundgesetzes kontrovers diskutiert.

Im Herbst 2024 finden in Brandenburg, Sachsen und Thüringen Landtagswahlen statt. In allen drei Ländern bekommt die AfD in Umfragen hohe Zustimmungswerte und scheint damit den Trend der jüngsten Landtagswahlen in Bayern (AfD 14,6%; die ebenfalls im rechten Spektrum angesiedelten Freien Wähler kamen auf 15,8%) (Bayerische Staatsregierung 2023) und Hessen (AfD 18,4%) (Wahlen in Hessen 2023) fortführen zu können. Im Juli 2023 lag die AfD bei der Sonntagsfrage zur Landtagswahl in Thüringen („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag in Thüringen Landtagswahl wäre?“) bei 34% und war mit 13% Abstand zur CDU damit stärkste Partei (Infratest dimap 2023a). Im Vergleich zum Vorjahr legte die in diesem Bundesland vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei damit fast 10% zu. Eine Insa-Umfrage zur politischen Stimmungslage in Thüringen vom Spätherbst 2023 bestätigte diesen Trend (Süddeutsche Zeitung 2023). Für Brandenburg ergeben die Umfragen ein ähnliches Stimmungsbild – im September 2023 lag die AfD bei der Sonntagsfrage bei 32% und damit 12% vor der zweitstärksten SPD, ein Plus von 9% innerhalb eines knappen halben Jahres (Infratest dimap 2023b). Auch in Sachsen steigt die Zustimmung zur AfD in Meinungsumfragen, sie lag im Januar 2024 laut einer Civey-Erhebung zur Sonntagsfrage bei 37% und überholt damit erstmals die regierende CDU (33%) (Der Spiegel 2024). Angesichts der hohen Zustimmungswerte und der damit möglichen Wahlerfolge der AfD bei den kommenden Landtagswahlen müssten die rechtsextremen Politikkonzepte und offen rechtsextremen Positionierungen führender Politiker*innen dieser Partei die Alarmglocken sämtlicher Demokrat*innen schrillen lassen. Aber wie diese Entwicklung einzuschätzen und wie ihr zu begegnen ist, ist durchaus umstrit-

ten. So sprach sich Alt-Bundespräsident Joachim Gauck (MRD 2023) angesichts des Umfragehochs der AfD in Thüringen gegen einen „Alarmismus (...) linker Aktivisten“ aus, plädierte für ein Bündnis aller demokratischen Parteien gegen sie und für eine differenzierte Auseinandersetzung mit AfD-Positionen, die er als „national-populistisch bis nationalistisch“ (Tagesspiegel 2023a) einordnet. Damit ist jedoch nur ein Teil – und der aus feministischer Sicht nicht unbedingt problematischste Teil – der AfD-Positionierungen angesprochen. Denn aus feministischer Perspektive verweist das Umfragehoch der AfD auf einen drohenden Rückschlag bei Gleichstellung, Emanzipation und Antidiskriminierung. So zeigen die Ergebnisse der empirischen Rechtsextremismusforschung, dass neben den zentralen Themen Rassismus und Xenophobie insbesondere Antifeminismus und Sexismus in den letzten Jahren für die Mobilisierung rechtsextremer Meinungen entscheidend waren (Höcker/Pickel/Decker 2020).

Gegen Feminismus und Emanzipation – antifeministische parteipolitische Positionen zu Geschlechterverhältnis und Familienbild

Die familien- und geschlechterpolitischen Entwürfe der AfD verweisen einerseits auf ein vermeintlich traditionelles Familienbild und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Sie betonen die Rolle von (heterosexueller) Ehe und Familie, warnen vor ‚Genderismus‘ oder ‚Frühsexualisierung‘ (Lang 2019; Wilde 2021). Andererseits werden diese Bezüge auf traditionelle Werte als emanzipative Forderungen gerahmt – z.B. als Forderung nach einer Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf und damit einer Befreiung vom vermeintlichen Zwang zur Erwerbsarbeit in der Familienphase, hier werden jedoch nur die Mütter adressiert (Kalkstein et al. 2022). Die geschlechtsspezifischen Identitätsangebote der AfD und anderer rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in Europa (z.B. in Italien oder Frankreich) sind durchaus differenziert und widersprüchlich. Gleichzeitig werden die Orientierung an konservativen familienpolitischen Ordnungsvorstellungen, die Ablehnung von Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik (als Teil der ‚Anti-Genderismus‘-Strategie), die Mobilisierung im Namen von Frauenrechten gegen fundamentalistische und traditionell patriarchale kulturelle und religiöse Misogynie und Gewalt in Gestalt insbesondere anti-islamischer Positionen vertreten. Darüber hinaus wird auf die Popularität weiblicher Protagonistinnen und Funktionärinnen der Parteien gesetzt (Dietze 2018).

Gemeinsamer Nenner dieser Widersprüchlichkeiten bleibt der normative Bezug auf eine vermeintlich natürliche Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität und die exkludierende Vorstellung einer anzustrebenden homogenen ‚Volksgemeinschaft‘. Durch die gesellschaftlich breite Verankerung antifeministischer Einstellungen gilt der rechtsextreme Antifeminismus als „Brückenideologie“ (Kalkstein et al. 2022, 263) und damit als tragende „ideologische Säule“ (ebd., 262) rechtsextremer Politik. Somit bedeuten die hohen Zustimmungswerte und eine mögliche Regierungsbeteiligung der

AfD eine Gefährdung erreichter gleichstellungspolitischer Standards sowie der Akzeptanz diverser, von vermeintlich natürlichen Normen abweichender Lebensentwürfe.

Auswirkungen kommunalpolitischer Initiativen und Kooperationen mit der AfD

Erste Studien zu den Auswirkungen der parlamentarischen Etablierung der AfD auf kommunaler Ebene und zur Kooperation anderer Parteien mit ihr zeigen zum einen, dass es bereits vielfältige Kooperationen mit demokratischen Parteien gibt und die vielbeschworene Brandmauer zwischen der CDU und der AfD auf kommunaler Ebene nicht überall existiert. Zum anderen weisen erste Studien auf die Zielrichtung solcher kommunalpolitischer Kooperationen. Für das Bundesland Sachsen listet ein Überblick für die Jahre 2019 bis 2022 21 Kooperationen zwischen der extremen Rechten (meist AfD) und demokratischen Parteien (meist CDU) auf (Hummel 2022). Kooperiert wurde vor allem in Form von Absprachen und gemeinsamen Abstimmungen; Gegenstand der Kooperationen war z.B. die Verdrängung kritischer Freier Träger aus dem Jugendhilfeausschuss in Chemnitz (ebd., 110f.). Damit könnte z.B. eine Verdrängung feministischer oder queerer Anlaufstellen für Jugendliche einhergehen. Außerdem wurden Finanzierungsvorbehalte gegenüber kritischen zivilgesellschaftlichen und im Bereich der Erinnerungspolitik aktiven Organisationen formuliert (ebd., 107ff.). Kritische Öffentlichkeit, Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und Freie Jugendarbeit lassen sich damit auf kommunaler Ebene als „Angriffspunkte“ (ebd., 113) der extremen Rechten für eine gesellschaftliche Veränderung identifizieren und sind Teil ihrer antipluralistischen und antidemokratischen Strategien, die sich auch gegen die Gleichstellung der Geschlechter und gegen diverse Lebensentwürfe richten.

Antipluralismus und Ausgrenzung

Aus den Positionierungen und Äußerungen von führenden AfD-Politiker*innen geht klar hervor, dass die Möglichkeiten demokratischer Partizipation und parlamentarischer Rechte zur Unterwanderung und letztlich Abschaffung der repräsentativen Demokratie und ihren Menschen- und Bürgerrechten genutzt werden soll (exemplarisch: Der Tagesspiegel 2017). Der Verfassungsrechtler Andreas Voßkuhle ordnet diese Strategie der AfD als demokratiefeindlich ein (Der Tagesspiegel 2023b; vgl. auch die entsprechenden Analysen auf der Seite verfassungsblog.de). Vertreter*innen der AfD äußern in aller Deutlichkeit, welche Maßnahmen zu erwarten sind, sobald die Partei entsprechende Machtpositionen besetzt – so bezeichnete der Partei- und Fraktionschef der AfD in Thüringen die Inklusion, die auf UN-Ebene als Menschenrecht festgeschrieben ist, als „Ideologie“, die von einer AfD-Bildungs- und Schulpolitik abgewickelt würde (MDR Thüringen 2023).

Konkrete Hinweise lassen sich ebenfalls aus der Zielrichtung der parlamentarischen Anfragen der AfD im Bundestag ablesen. So stellte eine Anfrage der AfD-Fraktion

im Jahr 2018 einen Zusammenhang zwischen Migration, Inzest und Behinderung her (Deutscher Bundestag 2018). Ein weiterer Antrag der Fraktion stellt Transpersonen als grundsätzlich gefährlich für Frauen dar – feministische Entwicklungspolitik solle gestoppt werden, da diese Schutzräume für Frauen und Mädchen zugunsten von Transrechten zerstören würde (Deutscher Bundestag 2022).

Szenarien – Regierungsbeteiligung der extremen Rechten?

Nach der parlamentarischen Etablierung der AfD ist angesichts der hohen Zustimmungswerte und der Bekleidung von Funktionen auf kommunaler Ebene eine Ausweitung auch im exekutiven Bereich bis hin zu einer Regierungsbeteiligung ein mögliches Szenario. Es droht ein gesellschaftspolitischer Backlash insbesondere im Bereich der Antidiskriminierung, Gleichstellungs- und Inklusionspolitiken und damit ein Anknüpfen an und ein Verstärken von Entsolidarisierungsprozessen in Verbindung mit gezielten antidemokratischen Maßnahmen. Die parlamentarischen Initiativen der AfD auf allen politischen Entscheidungsebenen zeigen eine eindeutige und im Sinne der normativen Leitvorstellungen von Pluralismus, Demokratie und Geschlechtergleichheit beunruhigende Entwicklung.

Die Veröffentlichung der Recherchen der Plattform Correctiv (2024) im Januar dieses Jahres zu Plänen so genannter Re-Migration, sprich der Ausweisung und Deportation von Menschen, die den völkischen Homogenitätsvorstellungen der extremen Rechten nicht entsprechen, hat in der deutschen Öffentlichkeit zahlreiche Reaktionen hervorgerufen. Diese Pläne sind zum Auslöser großer und durch ein breites Spektrum demokratischer Kräfte getragener bundesweiter Demonstrationen gegen rechtsextreme Politikentwürfe und Homogenitätsphantasien geworden. Dieses deutliche zivilgesellschaftliche Zeichen gibt Anlass zur Hoffnung, dass die in demokratischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahrzehnte erzielten gleichstellungspolitischen Erfolge verteidigt und weiterentwickelt werden können und dass weiterhin Raum für feministische und anti-rassistische Kritik sowie für Forderungen nach einer solidarischen Gesellschaft bleibt.

Literatur

Bayerische Staatsregierung, 2023: Der Landeswahlleiter des Freistaates Bayern: Landtagswahl 2023 – endgültiges Ergebnis. Internet: <https://www.landtagswahl2023.bayern.de/> [20.2.2024].

Bundesamt für Verfassungsschutz, 2022: Bundesamt für Verfassungsschutz obsiegt vor Verwaltungsgericht Köln gegen die AfD. Internet: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2022/pressemitteilung-2022-1-afd.html> [20.2.2024]

Correctiv, 2024: Neue Rechte - Geheimplan gegen Deutschland. Internet: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> [17.1.2024].

Deutscher Bundestag, 2018: Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Franziska Gminder, Jürgen Pohl, Verena Hartmann und der Fraktion der AfD: Schwerbehinderte in Deutschland. Deutscher Bundestag Drucksache 19/1444. Internet: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/014/1901444.pdf> [15.1.2024].

Deutscher Bundestag, 2022: Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Marc Bernhard, René Bochmann, Thomas Dietz, Mariana Iris Harder-Kühnel, Nicole Höchst, Dr. Malte Kaufmann, Mike Moncsek, Tobias Matthias Peterka, Bernd Schattner und der Fraktion der AfD: Feministische Entwicklungspolitik stoppen – Stattdessen Frauen- und Mädchenrechte effektiv stärken. Deutscher Bundestag Drucksache 20/4569. Internet: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/045/2004569.pdf> (15.1.2024).

Der Spiegel, 2.1.2024: Civey-Umfrage - AfD in Sachsen vor CDU, andere Parteien abgeschlagen. Internet: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/civey-umfrage-afd-in-sachsen-vor-cdu-andere-parteien-abgeschlagen-a-49dd586f-c04a-4fab-8c91-2fbb4a93f4d> (2.1.2024).

Der Tagesspiegel, 2017: Höcke-Rede im Wortlaut: „Gemütszustand eines total besiegten Volkes“. Internet: <https://www.tagesspiegel.de/politik/gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes-5488489.html> (15.1.2024).

Der Tagesspiegel, 4.12.2023a: „Deutschland wäre schöner ohne sie“: Altbundespräsident Gauck ist dennoch gegen ein AfD-Verbotsverfahren. Internet: <https://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland-ware-schoener-ohne-sie-altbundespraesident-gauck-ist-dennoch-gegen-ein-afd-verbotsverfahren-10876132.html> (2.1.2024).

Der Tagesspiegel, 2023b: Andreas Voßkuhle über die AfD: „Die Köpfe dieser Partei wollen eine grundsätzliche Systemveränderung“. Internet: <https://www.tagesspiegel.de/politik/andreas-vosskuhle-im-gesprach-wer-die-demokratie-abschaffen-will-hat-uns-zum-gegner-10948225.html> (15.1.2024).

Dietze, Gabriele, 2018. Rechtspopulismus und Geschlecht: Paradox und Leitmotiv. In: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*. 27 (1), 34-46.

Höcker, Charlotte/**Pickel**, Gert/**Decker**, Oliver 2020. Antifeminismus – Das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In: Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen, 249-282.

Hummel, Steven, 2022: Wie hältst du's mit der AfD? Kooperationen mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in Sachsen. In: Decker, Oliver/ Kalkstein, Fiona/ Kiess, Johannes (Hrsg.): *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022*. Leipzig, 97-116.

Infratest dimap, 2023a: ThüringenTREND Juli 2023. Repräsentative Studie im Auftrag des MDR. Internet: <https://www.infratest-dimap.de/umfragenanalysen/bundeslaender/thueringen/laendertrend/2023/juli/29.12.2023>.

Infratest dimap, 2023b: Sonntagsfrage Brandenburg, 13.9.2023. Internet: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/brandenburg/sonntagsfrage/> (2.1.2023).

Kalkstein, Fiona/**Pickel**, Gert/**Niendorf**, Johanna/**Höcker**, Charlotte/**Decker**, Oliver, 2022: Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen, 245-270.

Lang, Juliane, 2019: Geschlecht als Kampfarena. Autoritäre Entwicklungen im Bereich von Geschlechter- und Familienpolitiken. In: Heinrich Böll Stiftung, Gunda Werner Institut (Hrsg.): *Politik im autoritären Sog*. Internet: <https://www.gwi-boell.de/de/2019/07/03/geschlecht-als-kampfarena> (2.1.2024).

MDR, 2023: „Von CDU bis Linke“: Gauck setzt auf Bündnis aller gegen AfD in Thüringen, 11.10.2023. Internet: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/afd-gauck-buendnis-cdu-linke-100.html> (2.1.2024).

MDR Thüringen, 2023: Sommerinterview 2023: Björn Höcke (AfD), 9. August 2023. Internet: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/sommerinterviews-bjoern-hoecke-afd-100.html> (15.1.2024).

Pfahl-Traughber, Armin, 2019: *Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive*. Wiesbaden.

Süddeutsche Zeitung, 9.11.2023: Umfrage: AfD kommt in Thüringen auf 34 Prozent. Internet: <https://www.sueddeutsche.de/politik/wahlen-erfurt-umfrage-afd-kommt-in-thueringen-auf-34-prozent-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-231109-99-882552> (2.1.2024).

Tagesschau, 2023: Landesamt für Verfassungsschutz AfD in Sachsen „gesichert rechtsextremistisch“. Internet: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/verfassungsschutz-afd-sachsen-rechtsextremistisch-100.html> (20.2.2024).

Wahlen in Hessen, 2023: Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl in Hessen. Internet: <https://wahlen.hessen.de/endgueltiges-ergebnis-der-landtagswahl-in-hessen> (20.2.2024).

Wilde, Gabriele, 2021: Mit allen Folgen für die demokratische Gesellschaft: Gender-Narrative im AfD-Wahlprogramm 2021. In: *Femina Politica*. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. (30) 1, 119-123.

Anmerkung

- 1 Während in der offiziellen politischen und behördlichen Klassifizierung noch differenziert wird (Einstufung der AfD als rechtsextremer Verdachtsfall durch den Bundesverfassungsschutz, Einstufung als gesichert rechtsextrem durch die Landesverfassungsschutzämter in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt), gilt die AfD in der Rechtsextremismusforschung längst als rechtsextreme Partei, in der es zwar „noch rechtsdemokratische Minderheiten“ gebe, die sich aber in einem fortlaufenden Radikalisierungsprozess befinde (Pfahl-Traugher 2019, 42).

Reproduktive Rechte in Italien: Tamponsteuer und Abtreibungsrecht als Zeichen für Melonis ambivalente Geschlechterpolitik?

JOHANNA M. PANGRITZ

Giorgia Meloni (Fratelli d’Italia) wurde 2022 als Ministerpräsidentin für das italienische Parlament gewählt und setzte sich somit gegen ihre männlichen Konkurrenten Matteo Salvini (Lega) sowie Silvio Berlusconi (Forza Italia) durch. Direkt nach ihrem Amtsantritt wurden die ersten antifeministischen Maßnahmen ihrer rechten Politik sichtbar. Im vorliegenden Beitrag werden diese Entwicklungen nachgezeichnet. Eine grundlegende Maßnahme war die Umbenennung des Ministeriums für Gleichstellung und Familie in Ministerium für Familie, Geburtenrate und Chancengleichheit (Gaweda/Siddi 2023). Die Umstrukturierung des Ministeriums schränkte die Rechte von LGBTQI Menschen in Italien ein und reflektiert so eine heteropatriarchale Politik (ebd.). Aktuell zeigen sich die Auswirkungen dieser Politik besonders für queere Familien: Die Geburtsurkunden von Kindern mit gleichgeschlechtlichen Eltern werden gegenwärtig angefochten. Ziel ist es, nur den ‚leiblichen‘ Elternteil anzuerkennen und den zweiten Elternteil aus der Geburtsurkunde zu entfernen. Hinsichtlich mancher reproduktiver Rechte für Frauen zeigt sich Melonis Politik jedoch